

A1

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 09.03.2026)

Titel: Inklusion statt Integration – für eine menschenwürdige Migrationspolitik!

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:
2 Die GRÜNE JUGEND München setzt sich politisch, programmatisch und öffentlich
3 dafür ein,
4 dass in der Münchner Stadtpolitik sowie in politischen Debatten der Begriff und
5 das Leitbild
6 der Integration perspektivisch durch das Konzept der Inklusion ersetzt wird.

7 Konkret fordert die GRÜNE JUGEND München:

8 1. Die GRÜNE JUGEND München richtet ihre politischen Positionen und öffentlichen
9 Stellungnahmen konsequent am Leitbild einer inklusiven Stadtgesellschaft aus, in
10 der gesellschaftliche Vielfalt als Normalität anerkannt wird.

11 2. Gegenüber der Landeshauptstadt München sowie gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
12 München setzt sich die GRÜNE JUGEND München dafür ein, dass bestehende
13 Integrationskonzepte zu umfassenden Inklusionsstrategien weiterentwickelt
14 werden.

15 3. Kommunalpolitische Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Wohnen, Arbeitsmarkt,
16 Kultur, Verwaltung und politische Teilhabe sollen konsequent auf den Abbau
17 struktureller Barrieren ausgerichtet werden.

18 4. Inklusion soll als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden werden.

19 Politische
20 Maßnahmen müssen darauf abzielen, institutionelle Diskriminierung abzubauen und
21 gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen – unabhängig von
22 Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Behinderung, Religion, Geschlecht,
23 sexueller Orientierung oder sozialem Status.

24 5. Die GRÜNE JUGEND München setzt sich innerhalb der Stadtgesellschaft, in
25 Bündnissen sowie in politischen Debatten dafür ein, den diskursiven
26 Paradigmenwechsel von Integration zu Inklusion aktiv zu fördern.

Begründung

1. Die Grenzen des Integrationsparadigmas

Der Begriff der Integration hat die migrationspolitische Debatte in Deutschland seit den 1990er Jahren geprägt. Trotz seines progressiven Anspruchs enthält er jedoch strukturelle Probleme. Integration setzt implizit häufig eine gesellschaftliche Normgesellschaft voraus, in die Menschen, die als „anders“ gelten, eingegliedert werden sollen.

Soziologische Analysen zeigen, dass Integrationsdiskurse oftmals eine asymmetrische Beziehung zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten reproduzieren (Bommes 2012). Während der Begriff Integration formal wechselseitige Anpassungsprozesse beschreibt, wird er politisch häufig als Erwartung formuliert, dass bestimmte Gruppen sich an bestehende gesellschaftliche Strukturen anpassen müssen. Der Migrationsforscher Rogers Brubaker beschreibt dies als „assimilationist undercurrent“

moderner Integrationspolitik (Brubaker 2001). Menschen werden dabei implizit als „noch nicht zugehörig“ konstruiert und müssen ihre Zugehörigkeit erst unter Beweis stellen.

Auch postmigrantisches Perspektiven kritisieren, dass Integrationsdiskurse gesellschaftliche Machtverhältnisse verschleiern. Die Kulturwissenschaftlerin Naika Foroutan argumentiert, dass Integrationsdebatten häufig die Vorstellung reproduzieren, es gebe eine stabile „Mehrheitsgesellschaft“, in die andere Gruppen integriert werden müssten (Foroutan 2019).

Diese Vorstellung wird der Realität pluraler, migrationsgeprägter Gesellschaften jedoch nicht gerecht. Gerade in einer Stadt wie München, deren Bevölkerung seit Jahrzehnten durch Migration geprägt ist, wird deutlich: Migration ist kein Ausnahmezustand, sondern Normalität.

2. Inklusion als demokratisches Gesellschaftsmodell

Das Konzept der Inklusion geht über Integration hinaus. Es basiert auf der Annahme, dass gesellschaftliche Institutionen so gestaltet werden müssen, dass alle Menschen von Anfang an gleichberechtigt teilnehmen können.

Der Begriff hat seinen Ursprung insbesondere in der Behindertenbewegung sowie in internationalen menschenrechtlichen Debatten. Spätestens mit der UN-Behindertenrechtskonvention (2006) wurde Inklusion zu einem zentralen normativen Prinzip moderner Demokratien.

Inklusion bedeutet nicht, Menschen in bestehende Strukturen einzupassen, sondern diese

Strukturen selbst zu verändern. Der Soziologe Niklas Luhmann beschreibt Inklusion als Zugang zu gesellschaftlichen Funktionssystemen wie Bildung, Politik oder Wirtschaft (Luhmann 1997). Eine inklusive Gesellschaft ist demnach eine Gesellschaft, in der niemand systematisch vom Zugang zu diesen Bereichen ausgeschlossen wird.

Auch demokratietheoretische Ansätze betonen die Bedeutung inklusiver politischer Strukturen. Die Politikwissenschaftlerin Iris Marion Young argumentiert, dass demokratische Gesellschaften nur dann gerecht sein können, wenn sie strukturelle Formen von Ausgrenzung aktiv abbauen (Young 2000). Demokratie erfordert demnach nicht nur formale Gleichheit, sondern auch tatsächliche Teilhabe.

Inklusion stellt daher ein normatives Leitbild sozialer Gerechtigkeit dar, das auf Gleichberechtigung, Anerkennung von Vielfalt und strukturelle Transformation gesellschaftlicher Institutionen abzielt.

3. Die postmigrantische Gesellschaft

Aktuelle gesellschaftstheoretische Debatten beschreiben Deutschland zunehmend als postmigrantische Gesellschaft. Dieser Begriff bezeichnet eine Gesellschaft, in der Migration historisch prägend ist und soziale, kulturelle und politische Strukturen nachhaltig verändert hat.

Die Integrationsforschung zeigt, dass Integrationsdiskurse häufig weiterhin eine klare Grenze zwischen „Einheimischen“ und „Migrant*innen“ ziehen (Foroutan 2019). In einer postmigrantischen Gesellschaft wird diese Unterscheidung jedoch zunehmend fragwürdig. Ein inklusives Gesellschaftsmodell erkennt stattdessen an, dass gesellschaftliche Vielfalt konstitutiv für moderne Demokratien ist. Politische Institutionen müssen dieser Realität Rechnung tragen, anstatt an überholten Vorstellungen homogener Gesellschaften festzuhalten.

4. Kommunalpolitik als zentraler Ort von Inklusion

Städte sind zentrale Orte gesellschaftlicher Teilhabe. Kommunale Politik beeinflusst unmittelbar den Zugang zu Bildung, Wohnraum, politischer Partizipation, kulturellen Angeboten und sozialen Dienstleistungen.

Gerade deshalb kommt Städten eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung inklusiver Politik zu. Eine inklusive Stadtpolitik bedeutet unter anderem:

- diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnungsmarkt
- barrierefreie Bildungssysteme
- eine diversitätsorientierte Verwaltung
- politische Beteiligungsformate für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft
- konsequente Antidiskriminierungspolitik

Die Stadt München versteht sich bereits als weltoffene und vielfältige Stadt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss jedoch ein konsequenter Perspektivwechsel erfolgen: Weg von der Vorstellung, bestimmte Gruppen müssten erst integriert werden – hin zu einer Politik, die gesellschaftliche Strukturen inklusiv gestaltet.

5. Politischer Auftrag der GRÜNEN JUGEND

Als progressive Jugendorganisation versteht sich die GRÜNE JUGEND München als politische Kraft, die für soziale Gerechtigkeit, Antidiskriminierung und demokratische Teilhabe eintritt. Ein Perspektivwechsel von Integration zu Inklusion ist daher nicht nur eine begriffliche Veränderung, sondern Ausdruck eines grundlegenden politischen Anspruchs: eine Gesellschaft zu gestalten, in der Vielfalt nicht verwaltet, sondern ermöglicht wird. Die GRÜNE JUGEND München möchte diesen Paradigmenwechsel aktiv vorantreiben und sich innerhalb der Partei sowie in der Stadtgesellschaft dafür einsetzen, dass Inklusion zum Leitprinzip kommunaler Politik wird.